30 AB

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ-Gemeinderäte Mag. Johann Gudenus, Anton Mahdalik, Armin Bild, Ing. Udo Guggenbichler und Ing. Bernhard Rösch betreffend Erlangung des UNESCO-Welterbestatus für Steinhof eingebracht in der Rechnungsabschlussdebatte zum Bereich „Stadtentwicklung, Verkehr, Energieplanung und BügerInnenbeteiligung" am 25. Juni 2013.

Die Wiener Stadtregierung dürfte leider weiter wild entschlossen zu sein, das einzigartige Jugendstil-Ensemble Otto Wagners am Steinhof zu zerstören. Denn nachdem bereits Architektenteams für die Entwicklung - sprich Verbetonierung - des Ostteils nominiert wurden, soll das Juwel wohl endgültig zu Geld gemacht werden. Obwohl sich bereits weit über 60.000 Menschen mit ihrer Unterschrift für den Erhalt des Architekturdenkmals ausgesprochen und über 10.000 Unterstützer eine entsprechende Petition unterzeichnet haben, scheinen SPÖ und Grüne den finanziellen Interessen eines stadteigenen Wohnbauträgers mehr Bedeutung zuzumessen als den Wünschen der Bevölkerung und unserem historischen Bauerbe.

Bürgermeister Häupl, der die Zukunft des Steinhof-Areals im Vorjahr bekanntlich zur Chefsache erklärt hat, dürfte sich trotz dieser alarmierenden Entwicklung ein Schweigegelübde auferlegt haben. Damit gibt er grünes Licht für den Bau von Luxuswohnungen und die Zerstörung des Otto-Wagner-Ensembles. Die Erhebung des gesamten Areals zum UNESCO-Welterbe wäre der einzige Weg, den Erhalt dieses Architekturjuwels für unsere Kinder und Kindeskinder sicherzustellen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

MAGISTRATSDIREKTION
DER STADT WIEN
ABGELEHNT
Eing.: 25 JUNI 2013
PGL-02373-2013/0001-KFPGAT
Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat, Bundesrat und Landesregierung

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Gemeinderat spricht sich dafür aus, dass die Stadt Wien alle notwendigen Schritte setzt, um die Erhebung Steinhofs zum UNESCO-Welterbe und damit den dauerhaften Schutz vor Zerstörung zu erreichen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.